

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 316 – 17. Oktober 2025

Intro

Liebe Leserinnen und Leser,

der Beginn dieser Woche stand im Zeichen der Freilassung israelischer Geiseln aus der Gefangenschaft der Hamas. Endlich konnten die Familien der Geiseln ihre Angehörigen wieder in die Arme schließen – bewegende und hoffnungsvolle Bilder. Zugleich mussten andere die schmerzliche Gewissheit über den Tod ihrer Liebsten erfahren. Auch das gehört zur bitteren Realität dieses Konflikts.

Der Nahost-Plan von US-Präsident Trump kann eine wichtige Grundlage für einen dauerhaften Frieden in der Region sein. Entscheidend ist jedoch, dass alle Beteiligten ihre Zusagen einhalten – insbesondere die Hamas. Sie muss die sterblichen Überreste der noch festgehaltenen Geiseln umgehend an Israel übergeben. Eine Zukunft für den Gazastreifen kann es nur ohne die Hamas geben. Die Terroristen müssen ihre Waffen niederlegen.

Positiv ist, dass Deutschland unter der Führung von Kanzler Merz in den kommenden Wochen eine aktive Rolle übernehmen wird. Gemeinsam mit Ägypten werden wir eine Geberkonferenz zum Wiederaufbau des Gazastreifens organisieren – ein wichtiges Signal der Verantwortung und des Engagements für Stabilität und Frieden in der Region.

Im Bundestag ging es in dieser Sitzungswoche um wegweisende Projekte wie die Rentenreform und den Wehrdienst. Auch wenn in der Koalition weiterhin Gesprächsbedarf besteht, bin ich überzeugt: Für diese zentralen Themen werden wir in den kommenden Wochen tragfähige und verantwortungsvolle Lösungen finden.

In diesem Newsletter steht allerdings die Verkehrspolitik im Mittelpunkt. Ich informiere über die im Koalitionsausschuss in der vergangenen Woche geklärten Finanzierungsfragen im Verkehrsetat und den Zusammenhang mit dem Lückenschluss der A1, über die aktuellen Diskussionen zum zweigleisigen Ausbau der Eifelstrecke sowie über meinen Plan für einen bezahlbaren Führerschein.

Eines möchte ich an dieser Stelle bereits vorwegschicken: Keines der Projekte in der Region wurde durch mich abmoderiert oder auf Eis gelegt. Im Gegenteil: Ich kämpfe weiter für den A1-Lückenschluss und den Ausbau der Eifelstrecke und bin zuversichtlich, dass wir in dieser Legislaturperiode deutliche Fortschritte erleben werden.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

„Alles, was baureif ist, wird gebaut“

Gute Nachrichten für unsere Region

Die Diskussionen der vergangenen Wochen über den Verkehrsetat haben auch bei uns in der Region Fragen aufgeworfen, z.B. wie es mit dem A1-Lückenschluss weitergeht. Der Koalitionsausschuss in der letzten Woche hat in dieser Hinsicht eindeutige Klarheit gebracht. Die Hauptbotschaft lautet: „Alles, was baureif ist, wird gebaut“. Um das zu gewährleisten, werden kurzfristig drei Milliarden Euro zusätzlich für Autobahnen und Bundesstraßen zur Verfügung gestellt. Reichen diese Mittel nicht aus, werden weitere Mittel nachgeschossen. Das gilt für alle Verkehrsträger. Das ist ein positives, starkes Signal. Es herrscht nun Klarheit, wie wir als Koalition die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland in den kommenden vier Jahren weiterentwickeln werden.

Das sind auch gute Nachrichten für Projekte wie den A1-Lückenschluss. Für diesen und viele weitere Vorhaben gilt nun: Sobald Baurecht vorliegt, kann gebaut werden. Beim A1-Lückenschluss warten wir auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts. Wenn der Planfeststellungsbeschluss des Landes bestätigt wird, können auch hier die Planungen weitergehen. Ich bin sehr, sehr zuversichtlich, dass dann noch in dieser Legislaturperiode mit dem Bau des rheinland-pfälzischen Abschnitts begonnen werden kann.

Anders als medial teilweise verbreitet wurde, habe ich den A1-Lückenschluss nicht abmoderiert. Im Gegenteil: Ich habe in den vergangenen Wochen dafür gekämpft, die Finanzierungsfrage zu klären, um Projekte wie den Lückenschluss realisieren zu können. Gerade mit Blick auf unsere Region ist mir bewusst, wie wichtig das für die Menschen vor Ort ist.

Ich gebe zu, die Diskussionen der vergangenen Wochen waren nicht immer schön. Aber manchmal gehört es in der Politik eben auch dazu, hart in der Sache zu streiten. Am Ende zählt für mich nur das Ergebnis. Und das ist positiv und ein Erfolg: Alles, was baureif ist, wird gebaut.

Keine Absage an zweigleisigen Ausbau der Eifelstrecke

In den vergangenen Tagen hat die Diskussion um den zweigleisigen Ausbau der Eifelstrecke für einige Verunsicherung gesorgt. Die von der rheinland-pfälzischen Ministerin Eder angestoßene Berichterstattung hat jedoch sehr viel mit Wahlkampf und sehr wenig mit der Realität zu tun.

Denn anders als teilweise dargestellt, haben weder das Bundesverkehrsministerium noch ich selbst dem zweigleisigen Ausbau eine Absage erteilt. Im Gegenteil: Ich setze mich seit Jahrzehnten für dieses Projekt ein und werde das auch weiterhin tun. Genauso wie bei der Elektrifizierung der Eifelstrecke, an die lange Zeit kaum jemand geglaubt hat und für die ich mich erfolgreich eingesetzt habe, bin ich überzeugt, dass wir auch für die Zweigleisigkeit eine Lösung finden werden. Es müssen aber noch dicke Bretter gebohrt werden.

Klar ist aber auch: Jetzt ist die rheinland-pfälzische Landesregierung am Zug. Sie muss das Projekt beim Bund anmelden und konkrete Finanzierungsoptionen vorlegen – beides ist bislang nicht erfolgt. In Nordrhein-Westfalen ist man hier bereits weiter und hat entsprechende Wege aufgezeigt. Mein Haus unterstützt Ministerin Eder selbstverständlich gerne bei der Lösungsfindung. Das habe ich ihr auch persönlich zugesichert.

Reformvorschläge für moderne, sichere und kostengünstigere Fahrausbildung

Gestern habe ich meine Vorschläge für einen bezahlbaren Führerschein vorgelegt. Der Führerschein ist ein Schlüssel zur eigenen Freiheit – besonders dort, wo Bus und Bahn nicht regelmäßig fahren. Für viele junge Menschen auf dem Land bedeutet er: zur Schule kommen, die Ausbildung beginnen, Freunde treffen oder zum Sport fahren. Mobilität darf kein Privileg sein. Mit den Reformvorschlägen machen wir den Weg zum Führerschein einfacher und bezahlbarer – und halten dabei die Sicherheitsstandards auf höchstem Niveau.

Der durchschnittliche Preis für den Pkw-Führerschein der Klasse B liegt derzeit bei rund 3.400 Euro. Durch eine Kombination aus Digitalisierung, Bürokratierückbau und mehr Transparenz sollen die Kosten künftig deutlich gesenkt werden.

1. Theoretische Fahrausbildung

In der theoretischen Fahrausbildung wird das notwendige Wissen vermittelt, um am Straßenverkehr sicher teilnehmen zu können. Die Anforderungen an die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind hoch; deshalb muss auch das zu vermittelnde Wissen gleich bleiben. Hinsichtlich der Lernmethoden soll aber deutlich mehr Flexibilität geschaffen werden. Jede Fahrschule soll über die Lernmethoden frei entscheiden können.

- Digitalisierung: Die Pflicht zum Präsenzunterricht wird abgeschafft. Es soll möglich sein, sich das Wissen vollständig über einen digitalen Weg (z. B. per App) anzueignen.
- Bürokratierückbau: Es soll keine Vorgaben zu Schulungsräumen geben oder wie und in welcher Reihenfolge das Wissen zu vermitteln ist. Fahrschulen müssen auch keine Schulungsräume mehr bereithalten. Damit entfallen Kontrollpflichten der Länder, weil sie z. B. die Einhaltung der Vorgaben für Schulungsräume nicht mehr kontrollieren müssen.
- Prüfungsfragen: Der Fragenkatalog für die theoretische Fahrprüfung ist im Laufe der Jahre immer länger geworden und enthält derzeit 1.169 Fragen. Er soll um ein Drittel reduziert werden. Das Thema Verkehrssicherheit muss beim Fragenkatalog im Mittelpunkt stehen.

2. Praktische Fahrausbildung

Die praktische Fahrausbildung soll ebenfalls modernisiert werden.

- Simulatoren: Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, verstärkt Simulatoren zu nutzen. Zum Beispiel soll die Kompetenz zur Führung eines Schaltwagens vollständig in einem Simulator erworben werden können. Damit entfällt für die Fahrschulen die Notwendigkeit, spezielle Schaltwagen für Fahrschulen vorzuhalten. Die Prüfung kann dann in einem Automatik-Fahrzeug absolviert werden.
- Weniger verpflichtende Sonderfahrten: Die verpflichtenden besonderen Ausbildungsfahrten (Nachtfahrten, Autobahnfahrten, Überlandfahrten) sollen reduziert werden. Es soll zudem die Möglichkeit geschaffen werden, diese Fahrten teilweise in einem Simulator zu absolvieren.
- Fahrprüfung: Die Fahrzeit in der praktischen Prüfung soll auf die europarechtlichen Mindestvorgaben (25 Minuten) zurückgeführt werden.
- Bürokratierückbau: Die Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten für die Fahrschulen sollen deutlich reduziert und die Fahrschulüberwachung effizienter organisiert werden. Die Fortbildungsangebote für Fahrlehrer sollen ebenfalls digitalisiert und einfacher gestaltet werden.

- Experimentierklausel: Fahrerfahrung ist ein wesentlicher Faktor für den Erwerb der praktische Fahrkompetenz. Deshalb soll diskutiert werden, inwieweit ggf. nahestehende Personen in die Fahrausbildung einbezogen werden können (Laienausbildung).

3. Preistransparenz

Die Kosten für die Fahrausbildung setzen sich aus vielen unterschiedlichen Kostenbestandteilen zusammen (u.a. Grundgebühr, Kosten für Lernmaterial, Prüfungsvorstellung, Kosten für Fahrstunden und Sonderfahrten). Ein Vergleich ist äußerst schwierig. Zudem ist die Erfolgsquote der Fahrschulen meist nicht zu ersehen. Das soll geändert werden. Es soll künftig möglich sein, online die Kosten und Durchfallquoten aller Fahrschulen einzusehen und damit einen realistischen Kosten- und Qualitätsvergleich durchzuführen.

4. Weitere Maßnahmen

Außerdem werden wir prüfen, ob und in welchem Umfang sich kostenreduzierende und entbürokratisierende Vorschläge auch auf den Erwerb anderer Führerscheinklassen (wie bspw. LKW) übertragen lassen.

Nächste Schritte

Die Vorschläge sollen gemeinsam mit den Ländern und der Branche weiterentwickelt werden. Bereits im Juli 2024 hatte ein erster Stakeholder-Dialog „Bezahlbarer Führerschein“ gemeinsam mit Fahrlehrerverbänden, Branchenvertretern und Verbraucherorganisationen stattgefunden. Ziel ist es, die rechtlichen Änderungen im ersten Halbjahr 2026 auf den Weg zu bringen.

Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung

Das Bundeskabinett hat kürzlich die „Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung“ beschlossen, die in dieser Woche bereits in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten wurde. Unser Ziel als Bundesregierung ist es, den Staat einfacher, digitaler und erfolgreicher zu machen. Entscheidungen, Prozesse und Strukturen der öffentlichen Verwaltung sollen dazu modernisiert werden. Der Handlungsdruck ist groß. Mehr als 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger geben an, dass der Staat ihr Leben nicht erleichtert, neun von zehn Unternehmen fühlen sich durch Bürokratie gehemmt. Mit der Modernisierung von Staat und Verwaltung soll das Vertrauen in ihre Leistungsfähigkeit wieder gestärkt werden. Die gesamte Modernisierungsagenda finden Sie [hier](#).

Alle Bundesressorts haben sich verpflichtet, in ihren Bereichen konkrete Modernisierungsprojekte zügig umzusetzen. Zwei zentrale Vorhaben aus dem Verkehrsbereich sind die Zentralisierung der iKfz-Portale sowie die Einführung des digitalen Führerscheins und Fahrzeugscheins.

Zentralisierung der iKfz-Portale

Die internetbasierte Fahrzeugzulassung soll künftig beim Kraftfahrt-Bundesamt gebündelt werden. Damit entsteht ein flächendeckendes, nutzerfreundliches Angebot für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen. Zugleich werden rund 400 kommunale Zulassungsbehörden entlastet – ein wichtiger Schritt hin zu weniger Bürokratie und mehr Effizienz.

Digitaler Führerschein und Fahrzeugschein

Mit dem digitalen Führerschein und Fahrzeugschein treiben wir die Digitalisierung im Alltag konsequent voran. Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen profitieren von einfachen, praxistauglichen Lösungen – und wir schaffen eine moderne, europaweit vernetzte Verwaltung.

Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Mein Haus arbeitet außerdem an einem Gesetzentwurf zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung, der voraussichtlich Ende nächster Woche vorgelegt wird. Damit sorgen wir dafür, dass Infrastrukturprojekte schneller geplant, gebaut und umgesetzt werden können. So sollen etwa Ersatzneubauten künftig ohne aufwendiges Planfeststellungsverfahren auskommen – die Plangenehmigung wird zum Regelfall. Das spart Zeit und bringt sichtbaren Fortschritt.

Ein Blick hinter die Kulissen

Praktikanten unterstützen das Abgeordnetenbüro

In den letzten Wochen durfte ich mich in meinem Abgeordnetenbüro über tatkräftige Unterstützung durch Praktikanten freuen. Leonhard Heidinger, Jura-Student an der Universität Bonn, war sechs Wochen lang eine große Hilfe für mein Team und mich. Neben der täglichen Büroarbeit konnte er spannende Haushaltsdebatten im Plenarsaal verfolgen, den Fachpolitikern in den Ausschüssen über die Schulter schauen und am Praktikantenprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit vielen interessanten Veranstaltungen teilnehmen.

In dieser Sitzungswoche absolvierte Alexandra Daniel vom Thomas-Morus-Gymnasium in Daun ein einwöchiges Praktikum bei uns. Auch sie erhielt einen lebendigen Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestags und unterstützte das Büro unter anderem mit eigenen Recherchen.

Vielen Dank an die beiden für ihre tatkräftige Hilfe – und alles Gute für den weiteren beruflichen und privaten Weg.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de